

Es braucht flankierende Massnahmen für PatientInnen und Personal!

2012 soll die neue Spitalfinanzierung eingeführt sein. Kernstück ist die schweizweite Umstellung auf diagnosebezogene Fallpauschalen (DRG). Diese beruhen auf einheitlichen Strukturen und sollen sich an den Kosten jener Spitäler orientieren, welche die versicherte Leistung in der notwendigen Qualität effizient und günstig erbringen.

Die schweizweite Einführung der DRG's wird den Spitalalltag nachhaltig verändern. Sie ist sowohl für die Patienten als auch für das Spitalpersonal mit erheblichen Risiken verbunden:

- Der Wirtschaftlichkeitsdruck wird an das Personal weitergegeben (Personalabbau, Lohndruck, Verletzungen des Arbeitsgesetzes, Abbau bei Fort- und Weiterbildung).
- Das Personal soll dann unter deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen den Erhalt der Behandlungsqualität gewährleisten - wie soll das gehen?
- DRG's führen zu Auslagerungen von Leistungen in vor- und nachstationäre Bereiche. Wie werden diese aufgefangen und finanziert?

Es braucht verbindliche flankierende Massnahmen, die die PatientInnen und das Personal vor den negativen Auswirkungen der DRG's schützen. Diesen wichtigen Anliegen wurde bisher in der KVG-Revision nicht oder kaum Rechnung getragen.

Petition

Die unterzeichnenden Personen sind im Gesundheitswesen tätig oder Patientinnen und Patienten. Sie fordern den Bundesrat auf, bis Ende 2009 unter Einbezug aller Betroffenen konkrete Massnahmen zu ergreifen, damit die PatientInnen und das Personal vor den negativen Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung geschützt sind. Das bedeutet:

- Die Qualität der Versorgung ist gewährleistet.
- Die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals sind gesetzeskonform.
- Die Einhaltung der orts- und branchenüblichen Löhne ist gesichert.
- Die Personalschlüssel sind definiert und dürfen nicht unterschritten werden.
- Die Finanzierung der Weiterbildung ist geregelt.
- Die Begleitforschung wird spätestens am 1. 1. 2011 gestartet.

Ohne entsprechende Schutzmassnahmen darf die Spitalfinanzierung nicht eingeführt werden. Um konkrete Lösungen zu erarbeiten, fordert das unterzeichnende Personal den Bundesrat auf, einen Runden Tisch einzuberufen.

Name	Vorname	Beruf	Unterschrift

Hinweis: Diese Petition darf von allen im Gesundheitswesen tätigen Personen sowie von Patientinnen und Patienten unterzeichnet werden, unabhängig von der Berufsgruppe oder der Nationalität. Ausgefüllte Bögen **bis spätestens 31. Oktober** zurücksenden an: VPOD-Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich/ VSAO, Postfach 8650, 3001 Bern / SBK Schweiz, Postfach 8124, 3001 Bern

Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte VSAO Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK Schweizerischer Verband der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen SVBG Schweizer Physiotherapie Verband Physioswiss Schweizerischer Hebammenverband SHV Schweizerischer Berufsverband der Biomedizinischen Analytikerinnen und Analytiker Labmed ErgotherapeutInnen-Verband Schweiz EVS Schweizerischer Verband diplomierter ErnährungsberaterInnen SVDE Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverband DLV Association Romande des Logopédistes Diplômés ARLD Schweizerischer Fachverband der Sozialdienste in Spitälern SFSS Schweizerische Vereinigung der Fachleute für medizinisch technische Radiologie SVMTRA Fachverband Pflege und Betreuung CURAHUMANIS Schweizerischer Verband für Fussreflexzonen-Massage SVFM

